

Leitungsprojekt „innerlich mit verabschiedet“, wie Kiwitt es formulierte.

Allerdings waren auch zweifelnde Töne zu hören. „Das Gesetz erinnert mich irgendwie an das Landesmessegesetz“, sagte die

SPD-Regionalrätin Andrea Schwarz. Es sollte „nicht einreißen, dass wir bei Infrastrukturmaßnahmen ein Gesetz basteln“.

Stuttgarter Nachrichten / 22.10.2009

Ministerium bremst Region bei Pipeline aus

Enteignungsgesetz: Regionalräte vor vollendete Tatsachen gestellt

VON FRANK SCHWAIBOLD

STUTTGART. „Dem Vorhaben wird zugestimmt“, stand auf der Vorlage für die Regionalräte. Doch dies war gar nicht mög-

lich. Der Landtag hat bereits in erster Lesung über das Gesetz zum Bau einer Ethylen-Pipeline quer durch die Region beraten. Darin enthalten ist, dass Grundstücksbesitzer, die ihr Stücke nicht vorübergehend für den Bau hergeben wollen, dazu gezwungen werden können.

Beim Verband Region Stuttgart (VRS) war das Thema erst gestern auf der Tagesordnung des Planungsausschusses – zu spät, um darüber abstimmen zu können. Schuld an der Panne ist das Wirtschaftsministerium. Dieses hatte dem VRS eine Fristverlängerung bis zum 22. Oktober zugesichert, dabei aber die entsprechende

Landtagssitzung übersehen.

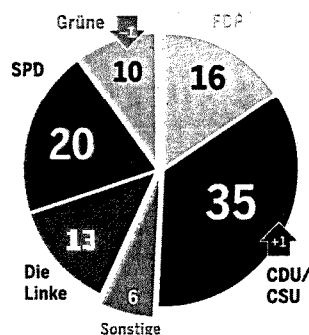
Also nahmen die vor vollendete Tatsachen gestellten Regionalräte das Gesetz nur noch zur Kenntnis, stimmten ihm aber mehrheitlich zu. Besonders verärgert war der Alfdorfer Norbert Wiedmann (Freie Wähler). Alfdorf ist direkt betroffen vom Bau der Pipeline. Laut Wiedmann sind bis heute „Dutzende von betroffenen Grundstücksbesitzern noch nicht gefragt worden“. Ministerpräsident Oettinger (CDU) habe ihm versprochen, dass „es kein Gesetz gibt, bevor nicht mit allen Betroffenen gesprochen wurde“. Wiedmann: „Das ist schlechter Stil.“

Stern / 22.10.2009

STERN-RTL-WAHLTREND

Welche Partei würden Sie wählen, wenn jetzt Bundestagswahl wäre?

ANGABEN in Prozent, ± Veränderung zur Vorwoche



Nichtwähler/Unentschlossene: 22 Prozent; 2502 Befragte vom 12. bis 16. Oktober 2009. Fehlertoleranz: +/-2,5 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.

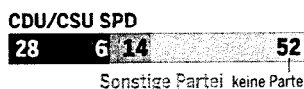
„Mitleid mit der SPD“

Die Kompetenzwerte für die SPD sind erschreckend niedrig. Sogar unter ihren Anhänger trauen ihr nur noch 26 Prozent zu, die Probleme in Deutschland lösen zu können. Das zeigt,

dass viele nur noch aus Loyalität oder gar aus Mitleid SPD gewählt haben. Für die Union pegeln sich die Werte gerade wieder auf Normalmaß ein. Grundsätzlich ist allerdings ein Entfremdungsprozess zu beobachten – die Mehrheit hält keine der Parteien für besonders kompetent.

Welche Partei wird mit den Problemen in Deutschland am besten fertig?

ANGABEN in Prozent



Anhänger der CDU/CSU



Anhänger der SPD



Datenbasis: 2502 Befragte vom 12. bis 16. Oktober 2009. Quelle: Forsa.

Stuttgarter Nachrichten / 22.10.2009

Schlagabtausch der SPD-Kandidaten

STUTTGART (ari/jan). Nils Schmid (36), einer der drei Kandidaten für den SPD-Landesvorsitz, will die Partei stärker für Migran-

ten öffnen. „Wir müssen konsequent Integrationspartei sein“, sagte Schmid im ersten Streitgespräch mit seinen Kontrahenten, der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis (55) und Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel (58). In dem von unserer Zeitung organisierten ersten Zusammentreffen sprach sich Schmiedel für mehr Parteiar-

beit vor Ort aus. Wenn das Ergebnis bei der Landtagswahl 2011 genauso schlecht ausfalle wie bei der Bundestagswahl (19,3 Prozent), stehe die SPD in weiten Teilen des Landes ohne Mandatsträger da. Mattheis forderte eine ehrliche Bilanz der SPD-Regierungszeit im Bund. Die SPD-Basis stimmt Ende November über die Kandidaten ab.

Stuttgarter Nachrichten / 22.10.2009

„Vielleicht müssen wir demonstrieren“

Erster gemeinsamer Auftritt der Kandidaten um die Nachfolge von SPD-Landeschefin Ute Vogt – Drei Bewerber, drei Profile

Wer wird Nachfolger von SPD-Landeschefin Ute Vogt? In Kürze präsentieren sich die drei Kandidaten Claus Schmiedel, Nils Schmid und Hilde Mattheis der SPD-Basis, die dann in einer Urwahl entscheiden wird. Im Waldheim Heschl, ei-

nem Traditionslokal der SPD, stellten sie sich vorab Fragen unserer Zeitung.

VON ARNOLD RIEGER UND JAN SELLNER

Frage: Frau Mattheis, Sie haben kürzlich „politische Windsurfer“ in der SPD entdeckt, die ihre Politik an der Karriere ausrichten. Mei-

nen Sie damit Ihre Mitbewerber?

Hilde Mattheis: Es ist ein allgemeiner Trend, dass politische Karrieren geplant werden, ich habe da niemanden persönlich gemeint. Ich glaube, in der Politik ist ein beruflicher Hintergrund wichtig, um unabhängige Entscheidungen treffen zu können. Diesen Hintergrund habe ich. Wir sollten wie-

der zurück zu einer politischen Kultur, bei der klar ist, dass Mandate auf Zeit vergeben werden und dass die Partei bestimmt.

Spalten solche Vorwürfe nicht?

Mattheis: Das hat mit Spalten nichts zu tun, sondern mit dem Aussprechen von Wahrheiten. Ich kann sehr wohl integrieren, bin aber auch bereit, Unangenehmes zu sagen.

Claus Schmiedel: Ich finde es nicht sehr überzeugend, wenn man andere als Windsurfer bezeichnet. Streit muss sich an der Sache orientieren. Und ich will, dass die baden-württembergische SPD dabei den Blick aufs Land richtet. Wir finden alle Themen vor der Haustür: Trotz Wohlstands gibt es Armut, ungleiche Bildungschancen und prekäre Arbeitsverhältnisse. Und es gibt eine Rückkehr zur Atomenergie.

Ist eine Bundestagsabgeordnete dann als Landesvorsitzende geeignet?

Schmiedel: Ich glaube, dass man auch vom Bundestag aus den Blick aufs Land richten kann. Hauptsache ist, man tut es. Andere Landesverbände machen uns das vor.

Herr Schmid, Sie gelten als besonnener, sachlicher Mensch. Braucht die SPD jetzt nicht einen Vertreter der Abteilung Attacke?

Nils Schmid: Wir sollten zwischen Person und Sache trennen. Ich stehe dafür, dass die Partei inhaltlich streitet, aber gleichzeitig zusammenbleibt. Ich glaube, dass ich diese Integrationskraft aufbringe. Wir müssen dabei eigenständige landespolitische Positionen entwickeln, aber auch auf der Matte stehen bei den großen bundespolitischen Auseinandersetzungen. Die warten schon in den nächsten Tagen auf uns. Dabei wird es mit mir keine Denkverbote geben. Ich bin auch nicht beleidigt, wenn ich mal in einer Streitfrage unterliege. Wir hatten in den vergangenen Jahren zu viel Basta-Politik.

Wo sehen Sie die Trennlinie zu Ihren Mitbewerbern?

Schmid: Wir dürfen nicht zu viele finanzielle Versprechungen machen. Auch jetzt, da wir die Sozialpolitik der SPD neu definieren, sollten wir nicht den Linken hinterherlaufen und sie mit Versprechungen übertrumpfen.

Das ist die Grenze zu Hilde Mattheis?

Schmid: Das ist die Grenze zu allen, die zu viel versprechen. In Baden-Württemberg wird die SPD nur dann mehrheitsfähig sein, wenn sie nicht nur das sozialpolitische Profil pflegt, sondern auch das wirtschaftliche und finanzpolitische Profil. Dabei sind Zuverlässigkeit und Verlässlichkeit nötig.

Schmiedel: Sicherlich müssen wir uns fragen, wie wir die Wähler zurückgewinnen können, die wir an die Linke verloren haben. Haben wir heute Antworten auf die Ängste der Menschen, die zwar heute noch in Arbeit sind, aber möglicherweise morgen den Job verlieren?

Bedeutet das einen Linksruck?

Schmiedel: Das ist kein Linksruck, denn wir müssen gleichzeitig die Frage stellen: Warum sind andere Wähler zur CDU gegangen oder daheimgeblieben? Das ist nicht eindimensional. Die SPD muss sich heute die Zeit nehmen, die sie in der Regierungsverantwortung nicht hatte, aktuelle Positionen zu diskutieren.

Frau Mattheis, mit Ihrer Person verbindet man ein klares linkes Profil. Was bedeutet das in der Landes-SPD?

Mattheis: Das bedeutet eine klare Antwort auf Verteilungsfragen wie zum Beispiel die Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögensteuer und einer Reform der Erbschaftsteuer. Mit den Einnahmen der Vermögensteuer könnten wir viel für die Bildung im Land tun. Beim Thema Bildungspolitik greift allerdings dieses Rechts-Links-Schema nicht. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir uns in der Partei auf einen breiten Diskurs begeben haben und nun mit großer Einigkeit bildungspolitische Ziele vertreten. Diese Zeit für einen Diskurs müssen wir uns auch für andere Themen nehmen. Die Flügel können die Diskurse anstoßen, die Partei muss aber am Ende mit einer Sprache sprechen.

Schmid: Die Landtagsfraktion hat schon 2003 den Vorschlag für eine Vermögensteuer auf Landesebene vorgelegt. Insofern

ist das kein Links-Rechts-Thema. Darum geht es auch gar nicht. Die Bundestagswahl hat vielmehr gezeigt, dass die SPD in der Breite der Gesellschaft Glaubwürdigkeit und Vertrauen verloren hat. Das sind wertvolle Güter. Deshalb müssen wir dort, wo wir die Menschen enttäuscht haben, neue Akzente setzen, ohne die bisherige Regierungsarbeit zu verleugnen. Ich warne auch davor, das Büßergewand für die vergangenen elf Jahre Regierungsarbeit anzuziehen. Dieser Bruch wäre nicht glaubwürdig.

Frau Mattheis, da können Sie doch nicht ruhig sitzen bleiben . . .

Mattheis: Kann ich auch nicht. Es geht nicht darum, mit Scham vor dem Mund mit der Regierungsarbeit abzurechnen, sondern um eine ehrliche Bilanz. Das muss die Grundlage für eine inhaltliche Neuorientierung sein, denn wir müssen wissen, wie sich unsere Politik für wen ausgewirkt hat, was richtig war und was falsch. Wenn ich sehe, dass Schwarz-Gelb nun das Schonvermögen bei Hartz IV heraufsetzt, dann erinnere ich mich, dass dieses Thema unsere Partei fast zerrissen hat. Das zeigt, wie schwer wir uns mit innerparteilichen Diskussionen getan haben. Wir sollten jetzt in Ruhe eine verteilungspolitische Bilanz aufmachen und sagen, an der einen oder anderen Stelle haben wir falsch entschieden, zum Beispiel beim Schonvermögen.

Schmid: Das haben wir ja bereits im Bundestagswahlprogramm korrigiert . . .

Mattheis: Was heißt korrigiert? Wir haben es angekündigt. Zwischen ankündigen und tun ist ein großer Schritt. Die Partei muss Gelegenheit haben, Punkte der Agenda 2010 aufzuarbeiten. Da gibt es noch andere Themen, zum Beispiel Rente mit 67.

Wird also die Mitgliederbefragung auch eine Abstimmung über die vergangenen elf Jahre Regierungsarbeit?

Schmiedel: Das hoffe ich nicht, denn das wäre eine rückwärtsgewandte Diskussion. Die können wir uns nicht leisten, weil es in anderthalb Jahren für die SPD bei der Landtagswahl um die Wurst geht. Wenn das Ergebnis genauso schlecht ausfällt wie bei der Bundestagswahl, werden wir in weiten Teilen des Landes ohne Mandatsträger dastehen. Deshalb müssen wir die Diskussion um

Verteilungs- oder Bildungsgerechtigkeit verknüpfen mit den Herausforderungen im Land. Und zwar nicht nur im SPD-Landesvorstand, sondern in den Ortsvereinen.

Mattheis: Es geht nicht darum, die Agenda 2010 zu verteufeln, das haben die Linken in der SPD nie getan. Wir brauchen aber eine Bilanz, um auf dieser Basis den Erneuerungsprozess zu gestalten.

Schmid: Aufarbeitung, schön und gut. Sie darf aber nicht in Nabelschau ausarten. Die Menschen erwarten von uns Antworten auf die Themen von heute und morgen.

Mattheis: Das ist auch Aufgabe der Fraktion . . .

Schmid: Nein, nein, auch die Landespartei muss Antworten finden auf Themen wie die Renaissance der Atomkraft. Vielleicht müssen wir auch wieder lernen zu demonstrieren. Wir sollten uns dabei aber nicht selbst im Weg stehen. Mir ist der Blick nach vorne wichtiger.

Schmiedel: Die Agenda 2010 ist im Jahr 2003 entwickelt worden vor dem Hintergrund einer großen Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig florierender Wirtschaft. Das war eine ganz andere Herausforderung als jene, die wir jetzt im Land haben. In der Metallbranche droht zum Beispiel ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen. Darauf müssen wir jetzt Antworten finden.

Mattheis: Niemand will eine langatmige Aufarbeitung. Es ist doch klar, dass wir auf die aktuellen Probleme wie Kreditklemme oder Kurzarbeit reagieren müssen. Aber die Aufarbeitung ist notwendig, weil erst sie eine Erneuerung möglich macht.

Herr Schmid, Sie treten sonst immer für Haushaltskonsolidierung ein. Warum jetzt nicht?

Schmid: Wir müssen uns noch stärker mit der Frage auseinandersetzen, ob wir wollen, dass der Staat sich über Steuern angemessen finanziert, oder ob wir einen Minimalstaat wollen, der die Risiken privatisiert. Gegenwärtig wäre es falsch, die Haushalte durch das Streichen von Investitionen zu konsolidieren. Wir müssen in Krisenzeiten vielmehr bereit sein, Kredite aufzunehmen.

Sie nicken, Herr Schmiedel. Gibt es überhaupt inhaltliche Unterschiede zwischen Ihnen und Herrn Schmid?

Schmiedel: Wenn man genau sucht, wird man schon welche finden. Wir sind uns inhaltlich im Wesentlichen einig. Aber noch ein Wort zum Haushalt: Wir haben zugelassen, dass der Ministerpräsident in der Öffentlichkeit als sparsamer Landesvater wahrgenommen wird, und noch nicht genügend herausgearbeitet, dass er seine Nullverschuldung nur durch Tricks erreicht. Denn er lässt die öffentliche Infrastruktur verlottern, zum Beispiel die Straßen oder Hochschulen. Das sind versteckte Schulden.

Sie beide sind sich einig, tragen aber als führende Politiker auch die Verantwortung für das Debakel der SPD. Eigentlich dürften sie beide gar nicht kandidieren.

Schmid: Hilde Mattheis ist seit zwölf Jahren stellvertretende Landesvorsitzende.

Mattheis: Und ich darf auf die Mehrheitsverhältnisse verweisen. Auf Parteitag war ja oft sichtbar, dass ich für meine Inhalte nicht immer eine Mehrheit hatte.

Ihre Positionen waren in der Tat oft nur mit Ach und Krach mehrheitsfähig, deshalb sind Sie ja auch nur knapp in den SPD-Landesvorstand gewählt worden . . .

Mattheis: Ich habe aber für meine Person immer über 50 Prozent gehabt.

Wenn man nach Unterschieden sucht, fällt auch das Lebensalter ins Auge. Spielt es eine Rolle, ob man unter 40 ist oder über 50, wenn man die SPD führen will?

Schmid: Das Alter ist nicht entscheidend. Ich bringe auch landespolitische Erfahrung mit, denn ich bin seit über zwölf Jahren im Landtag. Gleichzeitig kann ich mit einem langen Atem an die Parteiarbeit herangehen. Das ist mein Angebot an die SPD. Glaubwürdigkeit und Vertrauen gewinnen wir nicht von heute auf morgen zurück. Es braucht Zeit, um die SPD in Baden-Württemberg breit zu verankern.

Ute Vogt hatte das Thema Alter bewusst eingesetzt, um sich vom damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel abzuheben. Würden Sie das auch tun?

Schmid: Nein, das wäre ungerecht, denn so wie ich die beiden hier kenne (zeigt auf Mattheis und Schmiedel), sind sie ebenfalls dynamisch. Man kann das ja nicht nur am Alter festmachen.

Mattheis (lacht): Hörst du, wir sind beide dynamisch, das ist gut . . .

Schmid: Das hat ja mit dem gesetzten Alter nichts zu tun. Claus Schmiedel ist dynamisch – und Hilde auch.

Was ist an Ihnen gesetzt, Herr Schmiedel?

Schmiedel: Bei mir ist gar nichts gesetzt.

Schmid (lachend): Jetzt reiten Sie doch nicht auf diesem Wort herum.

Schmiedel: Ich höre ja aus verschiedenen Ecken, die Erneuerung der SPD erfordere eine junge Lösung. Ich finde das ungerecht gegenüber Ute Vogt, denn wir hatten ja zehn Jahre eine junge Lösung im Land. Und wir haben mit Vogt Spitzenergebnisse geholt, allerdings auch Niederlagen erlitten. Worum es mir geht: Man kann persönlich einen langen Atem haben, aber die SPD kann keinen langen Atem haben. Wir sind jetzt 15 Jahre in der Opposition. Nochmals 15 Jahre verkraftet diese Partei nicht. Deshalb müssen wir alle Kräfte mobilisieren, dass wir bei der Landtagswahl nach vorne kommen. Ich glaube, dass ich das Zeug dazu habe, die Partei darauf auszurichten. Die Fraktion hat sich, seitdem ich zum Vorsitzenden gewählt wurde, profiliert. Das könnte ich auch in der Landespartei schaffen.

Was würden Sie denn in der SPD machen, um aus dem Tief herauszukommen?

Schmiedel: Wir müssen neben den Urabstimmungen über Personen und Inhalte vor allem die Themen vor Ort aufgreifen. Die Menschen müssen anschaulich sehen, dass wir zum Beispiel nicht nur über Armut reden, sondern uns auch um Armut vor Ort kümmern. Wir dürfen über prekäre Arbeitsverhältnisse nicht nur reden, sondern müssen eingreifen. Das muss in jedem Kommunalparlament zum Thema gemacht werden.

Nach vorn kommen. Auch mit der Linken?

Schmiedel: Wir wollen die Wähler, die wir verloren haben, zurückholen.

Aber Sie müssen ja eine arithmetische Perspektive anbieten . . .

Schmiedel: Die bieten wir aber nicht im Lagerdenken an. Wir sehen ja gerade im Saarland, dass sich die Grünen ins Lager von CDU und FDP flüchten.

Das heißt, Sie werden mit allen ins Bett gehen?

Schmiedel: Nein, das heißt, dass wir erst mal aus eigener Kraft stark werden müssen. Die Frage, wer mit wem, stellt sich nach der Wahl – und nur wenn CDU und FDP ihre Mehrheit verlieren. Aus heutiger Sicht sind Spekulationen völlig überflüssig.

Mattheis: Die Linke etabliert sich in unserem Fünf-Parteien-System. Ich denke, dass man eine Partei behandeln sollte wie die andere auch.

Herr Schmid, haben Sie noch Vorbehalte gegenüber der Linken?

Schmid: Sie muss erst mal ein paar eigene Positionen klären, damit man weiß, ob sie überhaupt regieren will und mit welchen Positionen. Für uns geht es darum, eigene Stärke zu entwickeln. Ich warne davor, sich zu sehr auf ein rot-rot-grünes Projekt festzulegen.

Wie wollen Sie die SPD schlagkräftig machen?

Schmid: Wir haben massiv Mitglieder und Stimmen verloren. Deshalb will ich erreichen, dass sich die Partei öffnet. Neue Bevölkerungsgruppen müssen einbezogen werden – etwa Migranten, die uns politisch nahe stehen. Wir müssen konsequent Integrationspartei sein. Zudem müssen wir unsere Arbeitsformen ändern. Ich könnte mir vorstellen, dass man bei Schlüsselthemen die Mitglieder befragt. Man könnte auch Nichtmitglieder mitreden zu lassen.

Mattheis: Urabstimmungen bei wichtigen Fragen halte ich für den richtigen Weg. Basisbeteiligung darf nicht nur eine Floskel sein, sondern muss auch gelebt werden. Für eine Erstarbung der SPD ist aber auch eine inhaltliche Neuausrichtung notwendig.

Zur Person

Claus Schmiedel

- **8. März 1951** geboren in Ludwigsburg
- Abitur in Marbach. Anschließend Politik- und Germanistikstudium in Stuttgart und Ludwigsburg
- Von **1975 bis 1991** Gemeinderat in Marbach; von 1985 bis 1994 Mitglied des Kreistags in Ludwigsburg
- Bis **1992** Lehrer an einer Berufsschule in Stuttgart
- Seit **1992** Mitglied des Landtags (Wahlkreis Ludwigsburg)
- Seit **1994** Mitglied der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart
- Seit **Januar 2008** SPD-Fraktionschef im Landtag; er setzte sich mit 20 zu 18 Stimmen gegen Nils Schmid durch
- Er ist verheiratet und hat vier Kinder

Hilde Mattheis

- **6. Oktober 1954** geboren in Finnentrop
- Abitur
- Pädagogikstudium. Anschließend Lehrerin an einer Grund- und Hauptschule
- Seit **1995** gehört Mattheis dem SPD-Landesvorstand an
- Seit **1997** ist sie stellvertretende SPD-Landesvorsitzende
- Seit **2003** ist sie Bundestagsabgeordnete (Wahlkreis Ulm)
- Sie ist verheiratet und hat zwei Töchter

Nils Schmid

- **11. Juli 1973** geboren in Trier
- **1993** Abitur am Eduard-Spranger-Gymnasium in Filderstadt. Anschließend Jura-Studium in Tübingen
- **1996 bis 1999** stellvertretender Juso-Landesvorsitzender
- Seit **1997** Mitglied des Landtags (Wahlkreis Nürtingen)
- Seit **1999** Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Nürtingen
- Seit **2001** Rechtsanwalt
- **2006** Promotion
- Schmid ist verheiratet und hat einen Sohn

Hintergrund

Das Waldheim in Stuttgart-Heslach: Ein Traditionsort der Sozialdemokraten

- Alle waren sie schon da. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Franz Müntefering – das Waldheim in der Stuttgarter Dachswaldstraße ist eine heimliche Parteizentrale der SPD.
- Gebaut haben die Heslacher Sozialdemokraten das Waldheim vor 101 Jahren für Arbeiterfamilien. Ihre knappe Freizeit sollten sie in der Natur und in gesunder Luft verbringen können.
- Weil die Genossen allein das Geld nicht aufbrachten, half ihnen ein Stuttgarter Kapitalist aus der Klemme: Der Brauereibesitzer Robert Leicht spendete 5000 Mark, dafür floss zumindest in den Anfangsjahren Schwaben-

- bräu aus dem Zapfhahn im Waldheim.
- Die Kontakte zur großen Politik knüpfte dann der Stuttgarter Sozialdemokrat Walter Mann. „Walter Mann hat mir ein Bier versprochen, und das hole ich mir jetzt ab“, sagte im Juni 2004 der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der im Hubschrauber anreiste.
- Nicht nur Schröders Besuch ist fotografisch dokumentiert, sondern auch der von SPD-Übervater Willy Brandt. Am 21. August 1976 beeindruckte er mit seiner Rede dem Vernehmen nach sogar die Zaungäste der Jungen Union. Danach aß er Maultaschen – die gibt es heute noch täglich frisch. (ari)